Redaktion, Verlag und Druck,
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 100. Abendblatt. Freitag den 28. Februar 1868.

Deutschland.

Berlin, 27. Februar. Se. Maj. der König empfingen heute Vormittag Se. K. Hoh. den Prinzen Albrecht und nahmen alsdann die Vorträge des General-Lieutenants v. Podbielski und des General-Adjutanten v. Treskow entgegen. Zwischen 2 und 3 Uhr besuchten Se. Majestät das Atelier des Professors Steffeck, um ein Bild in Augenschein zu nehmen.

— Beide Königliche Majestäten besuchten gestern die Treibhäuser des Geh. Kommerzienraths Borsig. J. Maj. die Königin wohnte Abends der liturgischen Andacht zum Beginn der österlichen Zeit im Dome bei.

— Se. Königl. Hoh. der Kronprinz empfing am gestrigen Vormittag den Fürsten Salm-Horstmar, besichtigte um 3 Uhr das in der Einrichtung begriffene neue landwirthschaftliche Museum in den provisorisch zu diesem Zwecke bestimmten Räumen des Hauses Ecke der Potsdamer Straße und des Schöneberger Ufers und dinirte um 5 Uhr bei Ihren Majestäten. Um 8 Uhr versammelte sich um Se. Königliche Hoheit das gesammte Comité zur Unterstützung der Nothleidenden Ostpreußens zu einer Sitzung, der um 10 Uhr ein Souper folgte.

— Es fällt auf, daß die „Prov.-Corr." die demnächst zu erwartende Einberufung der Provinzial-Landtage ankündigt, mit ausdrücklicher Ausschließung desjenigen der Provinz Posen. Nach Vermuthungen, die in Abgeordnetenkreisen verbreitet sind, wären für den Fall des Zusammentrittes des Posener Landtages aus der Mitte der polnischen Mitglieder desselben Kundgebungen zu besorgen, welche die Regierung aus politischen Rücksichten für den Augenblick zu vermeiden wünschen müsse.

— Bei der Königl. Marine sollen zukünftig einjährige Freiwillige, welche Seeleute von Beruf sind, wenn sie sich zur Verwaltungscarriere melden, Behufs ihrer Ausbildung für den gedachten Dienstzweig sofort abkommandirt werden.

— Die stattgehabte Erweiterung der Armee hat für dieses Jahr umfangreiche Kasernenbauten in den verschiedenen Garnisonen des Landes bedingt, deren Inangriffnahme mit Beginn des Frühjahres überall angeordnet ist. Von der Militärverwaltung sind zu dem Zwecke vorläufig eine halbe Million Thaler angewiesen worden.

— Der Geheime Ober-Regierungsrath Noack, Decernent für das Versicherungswesen im Ministerium des Innern, hat nach einer der „B. B.-Ztg." zugegangenen Notiz wegen fortdauernder Kränklichkeit den Entschluß zu erkennen gegeben, aus seiner amtlichen Stellung zu scheiden. Nur die Schwierigkeit, einen geeigneten Nachfolger zu finden, soll die Ausführung des Entschlusses noch etwas verzögern.

— Wie verlautet, ist es die Absicht der französischen Regierung, den Eingangszoll für Pferde herabzusetzen. Dieser Zoll beträgt jetzt für ein ausgewachsenes Pferd 25 Francs und für ein Fohlen 15 Francs. Beide Ansätze sollen auf 5 Francs ermäßigt werden. Seitens der Regierung sind die landwirthschaftlichen Organe in Frankreich zu gutachtlichen Aeußerungen über dies Vorhaben aufgefordert worden. Wie berichtet wird, entsprechen die eingegangenen Gutachten den Erwartungen der Regierung nicht. Die meisten derselben befürworten die Beibehaltung des jetzigen Schutzzolles für die inländische Pferdezucht.

— Wie der „K. H. Z." mitgetheilt wird, hat der Handelsminister das Ansuchen der aus der Provinz Preußen nach Berlin gegangenen Nothstandsdeputation um Bewilligung freien Transports für das Saatgetreide, zu dessen Beschaffung die Regierung durch die Forderung von 3 Millionen die Hand bieten will, auf das Bestimmteste abgelehnt.

Berlin, 27. Februar. Haus der Abgeordneten. 58. Sitzung. Am Ministertisch der Finanzminister. Von dem Abg. Grafen Renard ist unter Einreichung eines Hypotheken-Gesetzentwurfes der Antrag eingegangen, die Regierung aufzufordern, bei der bevorstehenden Reform des Hypothekenwesens 1) die Einrichtung von Hypothekenämtern in Grundlage des Entwurfes einer Hypotheken-Ordnung für Neu-Vorpommern, 2) die Ausstellung von Grundbriefen nach Maßgabe des eingereichten Entwurfes in Erwägung zu nehmen. — Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung dieses Antrages unter der Heiterkeit des Hauses vorläufig ausgesetzt. — Die Kommission für den Gesetzentwurf, betreffend die fernere Geltung der Verordnung vom 30. Mai 1849 für die Wahlen zum Abgeordnetenhause in den neuen Landestheilen beantragt, ihn abzulehnen und dem nachstehenden die Zustimmung zu ertheilen: §. 1. Der im Artikel 4 des Gesetzes vom 17. Mai 1867, betreffend die Abänderung des Artikels 69 der Verfassungs-Urkunde u. s. w. vorbehaltene Gesetzentwurf über die Bildung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten, sowie über die definitive Einführung der Verordnung vom 30. Mai 1849 in den neu erworbenen Landestheilen, soll dem Landtage der Monarchie erst bei dessen nächster regelmäßiger Zusammenkunft (Artikel 76 der Verfassungs-Urkunde) vorgelegt werden. — §. 2. Sofern die im §. 1 vorgesehene gesetzliche Regelung nicht früher erfolgt, bleiben bis zum 1. April 1869 für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten in den neu erworbenen Landestheilen die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai und der Verordnung vom 14. September 1867 in Kraft. — Abg. v. Schöning beantragt als Art. 2: „Bis zum Zustandekommen einer anderweiten gesetzlichen Regelung bleiben für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten in den neu erworbenen Landestheilen die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai und der Verordnung vom 14. September 1867 in Kraft." — Berichterstatter v. Bennigsen legt die Unmöglichkeit dar, jetzt ein definitives Wahlgesetz zu schaffen — was der Sinn des Schöning'schen Antrages sei — und theilt mit, daß auch der Regierungs-Kommissar in der Kommission sich mit dem vorgeschlagenen Provisorium einverstanden erklärt habe. — Abg. Graf Schwerin (gegen den Antrag Schöning): Man könnte den jetzigen Zustand in den neuen Provinzen vorläufig fortbestehen lassen, zumal ich glaube, daß die Tage des Dreiklassen-Wahlsystems gezählt sind; wir werden in der einen oder anderen Weise davon zurücktreten und uns dem Prinzipe des norddeutschen Bundes anschließen müssen. Bis dahin könnte das Provisorium fortbestehen.

Abg. v. Schöning: Mein Antrag unterscheidet sich von dem der Kommission dadurch, daß er den Termin (1. April 1869) fortfallen läßt. Der Antrag der Kommission würde event. die Möglichkeit ausschließen, nach jenem Termin in den neuen Provinzen eine Nachwahl vornehmen zu können. Ich halte das aber für keinen richtigen Zustand. — Abg. Twesten: Nur unter der Voraussetzung, daß nichts als ein provisorisches Gesetz gemacht würde, hat diese Seite des Hauses eingewilligt, ein so wichtiges Gesetz bei so weit vorgerückter Session zur Verhandlung zu stellen. So viel ich weiß, ist Herr v. Schöning auch Mitglied der Kommission gewesen, und die Kommission hat, so viel ich weiß, einstimmig (Hört!) beschlossen, nur ein Provisorium zu beantragen. — Regier.-Kommissar Graf Eulenburg: Nach der Auffassung der Staatsregierung schafft auch das Amendement v. Schöning nichts als ein Provisorium und auch bei der Annahme desselben würde sie sich verpflichtet fühlen, in der nächsten Session einen neuen Wahlgesetz-Entwurf vorzulegen. — Abg. Dr. Waldeck tadelt, daß diese Vorlage so spät eingebracht sei. — Der Minister des Innern: Daß dies Gesetz nicht früher vorgelegt ist, hat seinen Grund darin, daß die ursprüngliche Idee bei der Vorlage die war, ein Definitivum zu schaffen. Ehe man aber hierüber zu einem Entschluß kam, mußten die Erfahrungen gesammelt werden, die bei den letzten Wahlen sich herausgestellt hatten. Der verspätete Eingang der betreffenden Berichte, ferner die außerordentliche Mühe, die Wahlbezirksordnung zu ändern, endlich die Ausarbeitung des Entwurfs machen es erklärlich, daß sich seine Einbringung so lange hinausschob. Einbringen aber mußte ich ihn, weil ich durch ein Gesetz dazu verpflichtet war. Für die künftige Session steht natürlich die Sache ganz anders und insofern hat die Regierung ein Interesse hauptsächlich nur daran, für die Zwischenzeit ein Gesetz zu haben. Meine persönliche Ansicht ist allerdings die, daß auch der Schöning'sche Antrag nur auf ein Provisorium hinausläuft und insofern einen Vorzug hat, als er auch für die spätere Zeit Bestimmungen für den Fall trifft, daß auch in der nächsten Session entweder durch Schuld des Hauses oder der Regierung kein definitives Wahlgesetz zu Stande kommt. Da aber darauf hingedeutet ist, daß der Regierungs-Kommissar eine zustimmende Erklärung zu dem Kommissions-Entwurf abgegeben, so werde ich bei der Abstimmung persönlich für den Antrag der Kommission stimmen. — Abg. v. Kardorff erklärt in seinem und seiner Freunde Namen, für den Kommissions-Antrag stimmen zu wollen. — Abg. v. Schöning: Ich erkläre noch einmal, daß auch mein Antrag nur ein Provisorium bezweckt; ich habe nur den Termin des 1. April 1869 aus dem Kommissions-Antrage gestrichen. (Lebhafte, anhaltende Heiterkeit). — Ich ziehe meinen Antrag jedoch zurück.

Darauf wird die Kommissionsvorlage fast einstimmig angenommen. — Es folgen Wahlprüfungen. Abg. Müller (Solingen) berichtet über die Wahl des Abg. v. Bergenroth, der im Wahlbezirk Angerburg-Lötzen mit einer Majorität von 32 Stimmen gewählt ist. Es sind gegen diese Wahl verschiedene Proteste eingelaufen. Viele Urwähler beschweren sich, daß ihnen die Ausübung des Wahlrechtes unmöglich gemacht sei. Bei den Wahlmänner-Wahlen sind zahlreiche Unregelmäßigkeiten vorgekommen, unerhörte Beeinflussungen haben stattgefunden. Referent theilt Einzelheiten mit, die theils mit Entrüstung, theils mit Heiterkeit aufgenommen werden. Die Abtheilung beantragt Beanstandung bis nach erfolgter Untersuchung. — Der Abtheilungsantrag wird mit großer Majorität angenommen. — Bezüglich der Wahlen der Abbg. Schlenther und v. Zander (W.-Kr. Tilsit) hatte keine der widersprechenden Ansichten in der Abtheilung die Majorität erlangen können. — Referent Graf Westarp hält die vorgefallenen Unregelmäßigkeiten nicht für wichtig genug, um die Wahlen zu beanstanden. — Abg. Aßmann vertritt die entgegengesetzte Meinung bezüglich von Zanders, und das Haus beschließt mit 138 gegen 122 Stimmen, dessen Wahl zu beanstanden.

Es folgt die Schlußberathung über den Antrag des Abg. v. Bonin: die Regierung aufzufordern: die gesetzliche Regelung der Stellvertretungskosten für diejenigen Mitglieder des Hauses der Abgeordneten, welche Staatsbeamte sind, baldmöglich herbeizuführen. — Ref. Windthorst (Meppen) empfiehlt diesen Antrag mit dem Zusatz zur Annahme, bis zu dieser Regelung das bis 1863 bestandene Verfahren wieder eintreten zu lassen. Er motivirt dies folgendermaaßen: Den Staatsbeamten im Reichstage werden keine Stellvertretungskosten zur Last gelegt. Ebenso war es bis zu 1863 auch bei denen, welche Mitglieder des Hauses der Abgeordneten waren. Erst seit 1863 sind ihnen die Stellvertretungskosten zur Last gelegt. Wenn die Regierung zur Gleichstellung der Mitglieder des Reichstages des norddeutschen Bundes und des Abgeordnetenhauses es nicht für zweckentsprechend hielt, hinsichtlich der Letzteren wiederum das bis 1863 bestandene Verfahren eintreten zu lassen, so erscheint es um so dringender geboten, eine gesetzliche Regelung baldmöglich herbeizuführen, als nach den Erklärungen der Minister des Innern und der Justiz bei der diesjährigen Budgetberathung in den verschiedenen Ressorts nicht einmal gleichmäßig verfahren zu sein scheint. Bis 1863 glaubten Regierung und Landtag, daß die Sache gesetzlich geregelt werden müsse. Die Stellvertretungskosten wurden ohne Bedenken den Beamten ersetzt. Erst später zwang man sie, den Rechtsweg zu beschreiten, und nachdem dieser zu Gunsten der Regierung entschieden hatte, hielt sich dieselbe und war auch formell berechtigt, die Stellvertretungskosten von den Abgeordneten zu verlangen. Hier stellte sich nun die Schwierigkeit heraus, ob die Kosten bis zu jeder Höhe und namentlich einschließlich der Reisekosten für die aus größerer Entfernung herbeigezogenen Stellvertreter zu berechnen seien. Man hat von einem tendenziösen Verfahren der Regierung gesprochen; ich kann nun ohne weitere Beweise nicht glauben, daß sie durch politische Rücksichten geleitet worden sei, sondern setze ihre bona fides voraus; aber es läßt sich nicht verkennen, daß ein solcher Verdacht leicht erregt werden kann, und ich halte es deßhalb im Interesse der Regierung selbst für geboten, einem solchen Zustande ein Ende zu machen. Der Einwand, daß die Maaßregel auf die Abgeordneten und die Zusammensetzung des Hauses ohne Einfluß geblieben sei, ist durchaus unbegründet. Eine statistische Zusammenstellung und Vergleichung der Zahl der Verwaltungs- und Justizbeamten beweist, daß die Letzteren seit 1863 nach jeder Wahl in geringerer Anzahl unter den Abgeordneten zu finden waren. Eine solche Einwirkung ist unberechtigt und entspricht weder den Bedürfnissen des Landes noch dieses Hauses. Ein Volk erträgt leichter einen derben Faustschlag als solche Nadelstiche. Nicht ohne Sorge denke ich daran, welche Auskunft ich in der Heimath über die Leistungen der ablaufenden Session geben soll. Wir haben immer nur Geld bewilligt, aber für organische Gesetzgebung, für den Ausbau des Rechtsstaates haben wir Nichts gethan. (Lebhafter Beifall links)

Regierungskommissar v. Schelling: Ich bin nicht ermächtigt, eine Aussicht darüber zu eröffnen, daß die Staatsregierung, nachdem so viele Versuche, die Stellvertretungsfrage einer gesetzlichen Regelung entgegenzuführen, gescheitert sind, den gegenwärtigtn Zeitpunkt zu einer solchen Regelung für einen geeigneten hält. Sie wird sie jedoch im Auge behalten. (Heiterkeit.) Bis dahin glaubt sie von dem Beschlusse nicht zurückgehen zu müssen, den sie am 22. Dezember 1863 gefaßt und welchen die Judikatur der Gerichte als rechtmäßig anerkannt hat. Sie ist weit davon entfernt, die Auferlegung der Stellvertretungskosten als Mittel zu benutzen, um den Eintritt irgend einer Klasse von Beamten in dies hohe Haus zu verhindern oder zu erschweren (Oho! Oho!); sie glaubt aber daran festhalten zu müssen, daß ein Stellvertreter nur da bestellt wird, wo dies nothwendig ist zur Ausfüllung des dienstlichen Interesses und daß in diesem Falle auch die Kosten von dem betreffenden Beamten getragen werden müssen.

Abg. Reichensperger: Der Versuch der gesetzlichen Regelung dieser Frage scheint mir doch nicht so aussichtslos zu sein, wie es der Herr Regierungskommissar dargestellt hat. Ich halte den Weg für den objektivsten, den ich im Jahre 1863 vorgeschlagen, daß die gesammten Stellvertretungskosten unter den Staatsbeamten repartirt werden. Die Annahme eines Wahlmandats ist die Uebernahme einer öffentlichen Pflicht und der Staatsbeamte sollte ebenso wenig Stellvertretungskosten bezahlen, wenn er als Abgeordneter seinen Wohnsitz verläßt, als wenn er in Amtsgeschäften eine Reise unternehmen muß. Der Erklärung des Herrn Kommissars füge ich nur hinzu, daß ich, so weit die Frage wir näher getreten ist, mich durch politische Rücksichten nicht habe bestimmen lassen, daß ich vielmehr gehandelt habe nach rein sachlichen Gründen, und nach diesen rein sachlichen Gesichtspunkten werde ich auch ferner handeln, falls die Regierung sich nicht entschließen sollte, einem Antrage des Hauses gemäß, die Frage zu regeln. — Abg. Waldeck: Man kann wohl den Standpunkt, der die Beamten auszuschließen sucht, vertreten, aber dann spreche man dies offen aus und greife nicht zu Mitteln, über die zu sprechen gerade den davon Betroffenen am widerwärtigsten ist und die der Rede gar nicht werth sind. Daß es der Regierung wirklich nur darauf ankam, die mißliebigen Beamten vom Hause fern zu halten und nicht die Staatskasse vor einer Belastung zu schützen, beweist das Beispiel eines früheren Abgeordneten, des jetzigen Bürgermeisters von Jena, Blochmann. Dieser wurde zu einer Strafversetzung verurtheilt, weil er von seinem Wahlkreise den Ersatz der Stellvertretungskosten angenommen hatte. Wenn die Verfassung die Theilnahme der Beamten an den Berathungen des Landtages ohne Urlaub gestattet, so müßte es doch wenigstens den Wählern, die einen Mann für ihre Vertretung am geeignetsten halten, überlassen bleiben, denselben für die zu bringenden Opfer zu entschädigen. Dieser Vorgang legt die eigentlichen Motive jenes Ministerialbeschlusses ganz klar; um derartige Vorgänge für die Zukunft wenigstens unmöglich zu machen, empfehle ich Ihnen den Antrag des Referenten. — Abg. Graf Schwerin: Ich hätte erwartet, daß die Regierung noch mit Gründen für ihren Beschluß von 1863 hervortreten würde. Statt dessen sehen wir von dem ganzen Staatsministerium nur das Mitglied an seinem Platze, welches an diesem Beschlusse keinen Theil genommen hat (den Justizminister.) Es verlohnt sich deshalb nicht, neue Motive gegen ihn hervorzubrigen, obwohl es nicht schwer wäre nachzuweisen, daß er in direktem Widerspruch mit der Verfassung steht, welche den Urlaub der Beamten für überflüssig erklärt. Der Beschluß war Nichts weiter als einer der kleinen Nadelstiche, durch die man die damalige Majorität mürbe zu machen hoffte, und stand auf gleicher Linie mit der Preßordonnanz. (Lebhafter Beifall links.) — Antragsteller Abg. v. Bonin ist mit den Anträgen des Referenten einverstanden. — Abg. Windthorst erinnert den Regierungskommissar daran, wie schwer die Tragung der Stellvertretungskosten den schlecht besoldeten Beamten treffe, und fügt unter großer Heiterkeit des Hauses hinzu, daß er die Abwesenheit der Minister, so gern er sie sonst sehe, nicht bedauern, sondern nur als ein stummes Zeugniß für die Unhaltbarkeit des Ministerialbeschlusses von 1863 betrachten könne. — Der Antrag des Referenten (identisch mit dem Antrage Bonin), wird in seinem ersten Theile fast einstimmig, der Zusatz gegen eine starke Minorität angenommen, zu der auch v. Vincke-Minden, Dr. Braun und Faucher gehören. Schließlich wird die Petition, die Dünen der Insel Sylt betreffend, der Regierung überwiesen.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr. (Tagesordnung: eine große Reihe rückständiger Berichte.)

Breslau, 25. Februar. Die „Schles. Ztg." schreibt: Sicheren Nachrichten zufolge wird das 50jährige Dienstjubiläum des Ober-Präsidenten Freiherrn v. Schleinitz am 18. Juni d. J. begangen werden.

Hamburg, 26. Februar. Wie man hört, beabsichtigt der Rheder Sloman in den nächsten Tagen nach Newyork zu reisen, um den „Leibnitz", der noch immer „an der Kette" liegt, zu erlösen.

Aus Mecklenburg-Schwerin, 26. Februar. Die tief eingreifende Maßregel der Vererbpachtung der Domanialbauern ist dem Vernehmen nach jetzt so weit gediehen, daß das Kammer-Kollegium, welches von dem Finanz-Ministerium zum Bericht über die Inangriffnahme der Sache aufgefordert worden, nach eingehenden Berathungen zu übereinstimmenden Beschlüssen gelangt ist und demnächst der Oberbehörde gegenüber mit bestimmten Vorschlägen hervortreten wird. Man glaubt, daß noch im Laufe des Frühjahrs mit der Vererbpachtung, welche dorfschaftsweise vorgenommen werden soll, wird begonnen werden können. — Der Advokat Schwerdtfeger in Schwerin ist zum Hofrath, der Auditeur Süsserott in Wismar zum Bürgermeister und Stadtrichter in Laage ernannt worden.

Ausland.

Wien, 27. Februar. Im Abgeordnetenhause brachte der Finanzminister einen Theil des Landesbudgets, der Ministerpräsident einen Gesetzentwurf bezüglich der Aufhebung des Staatsrathes ein. — In Betreff der Petition der Nationalbank wegen des Vertragsbruches der Regierung durch Emission von Staatsnoten beschloß das Haus, den Finanzminister aufzufordern, mit der Bank über diesen Gegenstand zu verhandeln, die Beschwerden der Bank zu prüfen, ein Uebereinkommen auszuarbeiten und dem Hause der Verfassung gemäß eine Vorlage über die Verhandlungen zu machen. Der Finanzminister erklärte, daß die Regierung geneigt sei, die Aktionäre der Bank zu entschädigen; es sei jedoch eine vorherige Einigung mit dem ungarischen Ministerium erforderlich. Die Lösung der Bankfrage sei zur Herstellung der Valuta nothwendig. Trotzdem er wenigstens eine theilweise Beseitigung des Defizits hoffe, sei indeß die Herstellung der Valuta äußerst schwierig. Der Finanzminister äußerte schließlich, daß er eine umfassende Enquête über die Bankfrage für nothwendig halte und erklärte, daß er obigem Antrage zustimme.

Paris, 27. Februar. Der „Constitutionnel" sagt: Da die Mächte nicht gewillt sind, die Vereitelung bestehender Verträge durch revolutionäre Parteien zu gestatten, haben sie die Regierungen von Rumänien und Serbien von dieser Gesinnung in Kenntniß gesetzt. Der „Constitutionnel" hält sich für überzeugt, daß die Mächte gerade aus Sympathie mit den christlichen Bevölkerungen des Orients bei dieser vorsorglichen Politik trotz der Deklamationen der Demagogen-Blätter von Bukarest und Belgrad beharren werden.

— „France" dementirt entschieden alle Gerüchte über eine angebliche Störung der guten Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich.

Florenz, 27. Februar. Der Marquis Filippo Oldoini ist zum italienischen Gesandten beim Hofe zu Lissabon ernannt worden. Derselbe ist zunächst nach München abgereist, um dem baierischen Hofe, wo er bis dahin accreditirt gewesen, sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Der Marquis Migliorati wird sein Nachfolger auf dem Gesandtschaftsposten in München.

London, 25. Februar. König Georg läßt durch seine Bevollmächtigten hier alle jene Geldposten einziehen, welche nicht zu den Staatsgeldern gehören, die nach dem Vertrage mit Preußen

zurückgesandt worden, sondern als sein Privateigenthum ihm verblieben sind und im Juni 1866 nach England befördert wurden. Diese Summen werden nach Hietzing geschickt, so daß hier kein Vermögen des Königs zurückbleiben wird. Es liegt darin wohl ein bestimmter Hinweis, daß König Georg nicht Willens erscheint, seinen Aufenthalt nach London zu verlegen.

— Der Konflikt in Nordamerika zwischen Präsident Johnson und dem Kongreß erregt hier das größte Interesse. Die Sympathieen für jenen sind hier geringe, seitdem man weiß, daß er, zur Förderung seiner persönlichen Politik und im Widerspruche mit Seward, die Alabamafrage in den Vordergrund drängen wolle; und deshalb würden es in England Wenige bedauern, wenn er in Anklagestand versetzt und, in Folge dessen, seines Amtes zeitweilig enthoben würde. „Daily News" hält diesen Fall für sehr wahrscheinlich, nachdem der Präsident es darauf angelegt habe, „selbst die gemäßigtsten Mitglieder des Kongresses durch seine Störrigkeit zum Aeußersten zu treiben."

Madrid, 26. Februar. Es heißt, daß der neue Finanzminister den Plan zu einer Kreditbank ausgearbeitet habe und den Kortes vorlegen werde. — Die amtliche „Gazeta" sagt, daß die schwebende Schuld im Monate Januar d. J. um 29,830,389 Realen vermindert ist.

London, 27. Februar. Der Minister ohne Portefeuille Walpole hat seinen Austritt erklärt. — Es geben Gerüchte, daß die Königin dem Grafen Derby die Herzogswürde angeboten habe. — Der vorsitzende Magistrat des Polizeigerichtshofes in der Beow Street, Sir Thomas Henry, verweigerte heute, dem Ansuchen des Jamaica-Comité's auf Ausfertigung eines Verhaftsbefehls gegen den gerade in London gegenwärtigen ehemaligen Gouverneur der Insel, Eyre, zu willfahren.

Athen, 20. Februar. Der Athenienfische Korrespondent der „Times" charakterisirt das neue griechische Ministerium, was die Persönlichkeiten desselben betrifft, als das tüchtigste, welches Griechenland unter dem Könige Georg noch besessen habe. Was die Politik dieses Ministeriums sein werde, das freilich wisse noch Niemand; denn wie immer ein griechisches Ministerium zusammengesetzt sei, der König habe doch stets die erste Stimme und zwar verlange es die öffentliche Meinung in Griechenland, daß dem so sei. Dabei wirft er einen Rückblick auf die vielen Kabinetswechsel, welche während der jetzigen Regierung des Königs Georg schon stattgefunden haben, und stellt die Thatsachen zusammen, daß seit dem 30. Oktober 1862, dem Tage der Thronbesteigung Georgs, schon 16 Kabinette an der Spitze des Staates standen, in welchem, obwohl das Ministerium nie aus mehr denn 7 Mitgliedern zusammengesetzt war, 90 Wechsel von Portefeuilles stattgefunden haben. Unter diesen 90 wurden 30 Personen neuerdings zu Ministern befördert. Aus diesen Zahlen erhelle, daß politische Parteien ganz unmöglich seien, und daß ein griechisches Ministerium sich unter den jetzigen Umständen keine feste Politik vorzeichnen könne. Bei jeder Politik indessen sei die Ansicht der kleinen, aber besonnenen Partei in Griechenland die allein richtige, welche die Meinung vertritt, daß mit bloßem Schiffebauen, mit Rüstungen und mit einer fortgesetzten kriegerischen Politik gegen die Türkei Griechenland nimmer auf einen grünen Zweig kommen werde. Sparen, Sparen, Sparen! sei die Hauptaufgabe, denn schließlich werde doch die Zukunft der griechischen Monarchie von ihrer finanziellen Lage abhängen.

St. Petersburg, 27. Februar. Auf den Antrag des Ministeriums ist durch Kaiserlichen Befehl die sofortige Unterdrückung der Zeitung „Moskovitsch", des Organs der Panslavisten und der absoluten Schutzzöllner, verfügt worden. Der Reichskontrolleur hat dem Reichsrath das Effektivbudget für 1866 eingereicht. Die außeretatsmäßigen Ausgaben für das Kriegsministerium betragen 13 Millionen, für das Bauten-Ministerium 5 Millionen und für das Marine-Ministerium $1\frac{1}{2}$ Million Rubel.

Alexandria, 20. Februar. Ein wüthender Orkan hat die Küste heimgesucht. Der Dampfer der Peninsular-Company „Ripon" aus Marseille wurde zwei Tage lang außerhalb der Rhede durch das Unwetter festgehalten und schließlich mit Lootsenbeistand in den Hafen geschafft. — In Youakeh wurde gestern Abend ein Erdstoß verspürt.

Pommern.

Stettin, 28. Februar. (Sitzung der Polytechnischen Gesellschaft am 21. Februar.) Vorsitzender Herr Dr. Delbrück. Herr Obermaschinenmeister Kretschmer bemerkte zu dem letzten Protokoll, daß das von ihm erwähnte Homogenmetall ein Mittelding zwischen Schmiedeeisen (nicht Roheisen) und Stahl sei. Herr Dr. Most hielt hierauf einen längeren Vortrag über die neueren Ansichten von dem Wesen der Wärme. Redner ging davon aus, daß unter allen den Menschen nutzbar gemachten Naturkräften die Wärme die wichtigste sei; es sei daher von hohem Interesse, nach den Ursachen derselben zu forschen. Die durch Reibung fester Körper gegen Gase entstehende Wärme erkläre das Glühen der Meteore bei ihrem Durchgange durch die oberen Schichten der Luft. Bei dem Durchdringen der Electricität durch die Zwischenräume oder Atome (kleinsten körperlichen Theile) eines Platindrahtes erfahren diese Atome selbst eine solche Reibung, daß der Draht glühend wird; auch andererseits erzeugt Wärme wieder Electricität, was Redner an einer thermo-electrischen Säule, verbunden mit einem Multiplikator und einer astatischen Nadel durch den Ausschlag der letzteren zeigte. So gehe eine Naturkraft in die andere über, und man könne wohl fragen, wo ist das Bleibende in dem Wechsel der Erscheinungen? Die Physik antwortet hierauf: das Bleibende ist die Arbeit. Die Arbeitsgröße bleibt stets dieselbe, die Arbeit selbst ist unveränderlich, nur kann sie in verschiedenen Erscheinungsformen auftreten. Die Arbeit aber sei das Produkt aus Last und Weg der Last; die Größe derselben wird gemessen durch die Masse des bewegten Körpers und seine Geschwindigkeit, so zwar, daß bei einer doppelten Geschwindigkeit dieselbe Masse 4mal größere Arbeit verrichtet, bei einer dreifachen eine 9mal größere u. s. w. Man nennt dies die lebendige Kraft des Körpers. Das Licht ist nichts weiter als sichtbare Wärme und entsteht ebenfalls durch die Bewegung der kleinsten Theile eines Körpers. Wird ein in Bewegung begriffener Körper in seiner Bewegung gehemmt, so wird jedesmal Arbeit in Wärme resp. Licht umgesetzt. Würde unsere Erde plötzlich in ihrer Bewegung gehemmt, so würde sich dadurch so viele Wärme entwickeln, als erzeugt wird bei der Verbrennung von 14 Kohlenstoffkugeln, jede von der Größe der Erde; würde die Erde auf die Sonne fallen, so würde die dadurch erzeugte Wärme der gleich sein, welche 5600 solcher Kohlenstoffkugeln beim Verbrennen erzeugen. Einige Physiker haben deshalb auch die Sonnenwärme aus dem Falle der Meteore auf die Sonne zu erklären gesucht. Hat sich die Sonne nach der Laplace'schen Hypothese aus dem Urnebel bis zu ihrer jetzigen Größe zusammengezogen, so haben sich dadurch 17 Millionen Grad Wärme entwickeln müssen; die höchste bekannte Temperatur aber ist + 8000° C. Auf verschiedenen Wegen, welche Redner näher erläuterte, haben J. R. Mayer (Arzt in Heilbronn), Joule in England und Hirn in Calmar das sogenannte mechanische Aequivalent der Wärme gefunden, worauf sich obige Angaben stützen. Die Wärmeeinheit ist hierbei diejenige Wärmemenge, welche nöthig ist, um die Temperatur von 1 Kilogramm Wasser um 1° C. zu erhöhen; diese selbe Wärmemenge ist aber gleich einer mechanischen Arbeit von 424 Kilogrammeter, d. h. einer Arbeit, bei welcher 424 Kilogramme 1 Meter hoch oder 1 Kilogramm 424 Meter hoch gehoben wird. Nach der seit 20 Jahren ins Leben getretenen neueren Ansicht über das Wesen der Wärme, welche in den letzten Jahren durch Joule, Clausius, Zeuner u. A. noch weiter ausgebildet ist, ist Wärme als innere Arbeit und die mechanische Arbeit als äußere Arbeit aufzufassen. Diese Hypothese ist dadurch als wahr bewiesen, daß sie im Stande ist, alle Erscheinungen der Wärme zu erklären, was bei der früheren Ansicht von einem Wärmestoff nicht der Fall war. Befinden sich die Atome der Körper in schwingender Bewegung, so hat der Körper Wärme; diese ist gleichbedeutend mit Bewegung der Atome. Ein absoluter Stillstand der Atome könnte nur bei der niedrigsten Temperatur stattfinden, nämlich bei — 273,8° C.; bei steigender Temperatur gerathen die Atome in schwingende Bewegung; je höher die Temperatur steigt, desto schneller werden die Schwingungen; hierdurch erfolgt eine Auflockerung der Atome, d. i. die Ausdehnung des Körpers durch die Wärme. Hieraus erklären sich auch die Erscheinungen bei gasförmigen Körpern und die Sättigung eines luftleeren und eines lufterfüllten Raums mit Dampf bei einer und derselben Temperatur, nur geht die Sättigung im letzteren Falle langsamer vor sich, als im ersteren Falle: der Sättigungspunkt bleibt derselbe, es gehen alsdann ebenso viel Dampfatome nach oben, als nach unten. Hieraus ist nun aber auch das Hauptgesetz der Gase abzuleiten: das Maziotte-Gay Lussac'sche Gesetz, nach welchem der Druck oder die Spannung eines Gases proportional ist der Dichtigkeit des Gases und abhängig von der Temperatur; der Druck eines Gases gegen einen Stempel entspricht der lebendigen Kraft seiner Atome. Unsere Dampfmaschinen arbeiten meist mit gesättigtem Dampfe, es ist daher für die Technik von hoher Wichtigkeit zu erfahren, welches der Zusammenhang ist zwischen dem Drucke eines gesättigten Dampfes und seiner Temperatur. Es giebt allerdings zahlreiche empirische Formeln dafür, aber nur eine allein kann das Gesetz richtig darstellen, diese ist noch zu finden; sie wird erst dann gefunden sein, wenn man das Gesetz der gegenseitigen Anziehung der Dampfatome kennen wird. Aber auch die Erscheinungen der strahlenden Wärme sind durch die mechanische Wärmetheorie zu erklären. Im Weltenraum, also auch zwischen Sonne und Erde befindet sich der Aether, welcher die Wärme überträgt. Seine Atome und Molecüle sind noch viel kleiner, als die der wägbaren Massen: in einem Kubikmillimeter Luft befinden sich nach genauen Messungen 866 Billion Luftmolecüle; diese stoßen sich gegenseitig ab. Durch die Einwirkung der Sonne geräth der Aether in Schwingungen und nach Maßgabe der Geschwindigkeit derselben entsteht aus ihnen strahlende Wärme, oder dunkles Licht, sichtbare Wärme oder Licht vom rothen (mit 480 Bill.) bis zum violetten (mit 760 Bill. Schwingungen in der Sekunde), endlich die chemisch wirksamen Strahlen mit noch größerer Geschwindigkeit. Redner erläuterte sodann das verschiedene Absorptions- resp. Emissionsvermögen der Körper an einem Apparate. Schließlich erwähnte er die Wichtigkeit der von Regnault und Magnus nachgewiesenen Wärme- und Absorptionsfähigkeit des Wasserdampfes in unserer Luft für die Fruchtbarkeit der Länder; diejenigen Länder seien die fruchtbarsten, welche eine feuchte Atmosphäre haben, weil diese die von der Erde ausstrahlende Wärme konservire. Daher rühre auch der große Nutzen der Forsten, indem diese die Feuchtigkeit ansammelten und aufbewahrten. — Herr Dr. Delbrück knüpfte an diesen anregenden und belehrenden Vortrag den Wunsch, daß von Seiten der Techniker einige Mittheilungen über die vielfachen Anwendungen dieser neueren Wärmetheorie auf die Technik gemacht würden. — Zwei Fragen über die Patent-Gasbrenner und die Konstruktion der Bohrvorrichtungen zu Bergwerkszwecken wurden für die nächste Sitzung vertagt. Auf die Frage: wie wird fein gemahlener Gyps in Düngergyps verwandelt? wird bemerkt, daß der erstere unmittelbar, ohne Weiteres als Düngergyps gebraucht werde. Herr Obermaschinenmeister Kretschmer erläuterte sodann durch Zeichnung und Beschreibung zwei Verbesserungen resp. Vereinfachungen des Giffard'schen Injektors oder der Dampfstrahlpumpe, im Anschluß an die Bemerkungen der Herren Dr. Most und v. Boguslawski über die Verwerthung der Wärme bei den Maschinen. Eine Verbesserung ist die von Schaeffer, sie besteht in einer verstellbaren Dampfdüse und ist für solche Fälle anwendbar, wo ein Anheizen des Wassers nothwendig ist; die andere rührt von Schau her, ist ohne alle verstellbare Theile und Stopfbüchsen, aber nur für solche Fälle brauchbar, wo das Vorrathswasser höher liegt, als der Injektor. Das vorgewärmte Wasser darf aber nicht wärmer als 30° R. sein. Die Wirksamkeit bei den Apparaten besteht darin, daß der aus einer Düse heraustretende Dampf in dem mit Vorrathswasser zusammenhängenden Raum eine Luftverdünnung erzeugt; daher strömt das Wasser schnell zu, wird vom Dampfe mitgerissen und passirt mit diesem vereinigt eine zweite Trichterdüse mit solcher Geschwindigkeit, daß das nunmehr heiße Wasser durch seinen Stoß den Gegendruck der im Kessel obwaltenden Dampfspannung überwindet. Die Wärme des dem Kessel zuvor entnommenen Dampfes kehrt mit dem Speisewasser in den Kessel zurück; durch Ausstrahlung geht nur so viel Wärme verloren, als durch die Erwärmung der Rohrleitung des Injektors absorbirt wird.

Stettin, 28. Februar. In einer Küche des Hauses Rosengarten Nr. 75 entstand gestern Abend nach 8 Uhr ein unbedeutender Brand, der von den Hausbewohnern bereits gedämpft war, als die Feuerwehr an Ort und Stelle erschien. — Um $11\frac{1}{4}$ Uhr rückte letztere nach der Oberwieck aus. In einem am sogenannten Weidendamm belegenen gänzlich unbewohnten Hause war der Treppengang durchgebrannt und hatte das Feuer sich dem Dachstuhle mitgetheilt, so daß die Flamme bereits zum Dache hinaus brannte. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es, dem weiteren Umsichgreifen des Feuers — das jedenfalls böswillig angelegt ist — Einhalt zu thun.

— Bei dem Hülfs-Comité für Stettin und Umgegend sind bis vorgestern 7231 Thlr. 8 Sgr. 10 Pf. eingegangen.

— Zum Hauptlehrer an der neuen städtischen Mädchenschule in der Wallstraße ist der Lehrer Thime von der Ottoschule gewählt.

— Der Kaufmann Setzke ist als Schiedsmann für den Petri- und Unterwiekbezirk verpflichtet. Substituten desselben sind: Kaufmann Lehmann und Schlossermeister Rauwolff.

— Das in sämmtlichen Volksküchen gestern verabreichte Suppenquantum betrug 2975 Portionen.

— Die Pfarre zu Putbus auf Rügen, Privat-Patronats, gelangt durch Versetzung ihres zeitigen Inhabers zur Erledigung und ist am 1. April c. wieder zu besetzen.

— Die Berufung des Oberlehrers Dr. Bitz in Mühlhausen zum Prorektor und Oberlehrer und die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Buchholz als ordentlichen Lehrers am Gymnasium zu Pyritz ist genehmigt worden.

— Die Wahl des Oberlehrers Dr. Schmieder in Barmen zum Direktor des Dom-Gymnasiums in Colberg ist bestätigt.

— Der mit Wahrnehmung einer Kasernen-Inspektorstelle bei der hiesigen Garnison-Verwaltung beauftragt gewesene Stabstrompeter Schobbert ist durch Verfügung des Königlichen Kriegs-Ministerii vom 15. Februar c. in dieser Stelle bestätigt und zum Kasernen-Inspektor ernannt worden.

— Von einem Boden auf dem Grundstück Speicherstraße Nr. 19 sind am 25. Abends mittelst Einbruches circa 12 Scheffel Erbsen und drei neue Getreidesäcke, vom Hofe des Grundstücks Bredower Antheil Nr. 26 vorgestern Nachmittag ein zum Trocknen aufgehängtes Shawltuch und aus einem Verkaufslokale Rosengarten Nr. 59 vorgestern Abend durch drei Burschen verschiedene Fleischwaaren entwendet worden. — Vor circa 2 Jahren wurden dem Gutsbesitzer Moses auf Friedrichshof und der Wittwe Thiemann zu Grünhof Pferdedecken und Sielengeschirre, ebenso dem Kaufmann Saalfeld auf den Rollbergen bei Nemitz ein Stand Betten und mehrere andere Gegenstände gestohlen. Erst jetzt ist es gelungen, zu ermitteln, daß der hiesige Arbeiter Herm. Winter, welcher derzeit bei M. u. Th. in Arbeit gestanden, jene Diebstähle verübt. Die gestohlenen Sachen sind allerdings längst in die Hände dritter Personen übergegangen.

Swinemünde, 25. Februar. (O.-Z.) Der Bau des eisernen Docks hier schreitet jetzt rüstig fort. Seit Anfang Januar sind ein Werkführer und eine Anzahl Arbeiter in der Borsig'schen Fabrik beschäftigt, es zusammenzustellen. Höchst interessant ist es, dies große, eiserne Gebäude gleichsam aus der Erde wachsen zu sehen. Fertig mit Ausrüstung wird es etwa 40,000 Ctr. wiegen und eine Tragfähigkeit von ca. 50,000 Ctr. besitzen. Anfang Oktober hofft der Meister es vollendet zu haben.

Vermischtes.

München. Die einst hochberühmte Tragödin Frau Sophie Schröder ist Dienstag den 25. d., Vormittags 8 Uhr, in München mit Tode abgegangen. Sophie Schröder, am 29. Februar 1781 in Paderborn geboren, würde nächsten Sonnabend ihr 87. Lebensjahr vollendet haben, und werden ihre sterblichen Ueberreste zwei Tage vor ihrem Geburtstage, Donnerstag den 27. Februar Nachmittags, dem Schooße der Erde zurückgegeben werden. Sophie Schröder war bekanntlich die Mutter unserer leider zu früh verstorbenen größten dramatischen Sängerin Wilhelmine Schröder-Devrient, welche 1805 während des Engagements Sophiens an der Hamburger Bühne geboren wurde. Wie man sich erinnern wird, verließ Sophie Schröder im Jahre 1813 Hamburg, weil Marschall Davoust sie wegen einer auf der Bühne geäußerten patriotischen Improvisation in das Innere von Frankreich bringen lassen wollte. Ihr künstlerisches Wirken an den Hoftheatern in Wien und München ist bekannt. 1840 wurde Sophie Schröder in Wien pensionirt, im Mai 1854 trat sie jedoch noch einmal bei den Vermählungsfeierlichkeiten des Kaisers Franz Joseph am Wiener Hoftheater auf. Ihre hervorragendsten Partieen waren: Phädra, Medea, Sappho, Merope, Lady Macbeth, Königin Elisabeth.

— Ein gräßlicher Fall von Verbrennung wird aus Dessendorf gemeldet: Der Lampenarbeiter Johann Posselt beging am 20. d. M. Abends die Unvorsichtigkeit, die auf dem Arbeitstische stehende Petroleumlampe zu füllen, ohne sie vorher auszulöschen. In dem Augenblicke, als er die Flüssigkeit zugoß, zersprang die Flasche und nun stand der Unglückliche sofort in hellen Flammen. Die in der Stube anwesenden Familienglieder hatten allerdings die Geistesgegenwart, das Feuer durch Betten zu ersticken, die sie auf den Brennenden warfen und dieser selbst scharrte sich, nachdem dies geschehen war, in den Schnee ein, allein er hatte bereits so zahlreiche und schwere Brandwunden erlitten, daß keine Hoffnung für sein Leben bleibt. An einzelnen Stellen, besonders auf der Brust, ist das Fleisch bis auf die Knochen durchgebrannt, so daß letztere zum Vorschein kommen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 28. Februar. Witterung: trübe, Temperatur + 7° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen niedriger, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 99—103 Rt., feiner 104 Rt., bunter 98—102 Rt., weißer 104—108 Rt., ungarischer 92—99 Rt., 83—85pfd. Februar 102 Rt. nom., pr. Frühjahr $101\frac{1}{4}$, $101\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., $101\frac{3}{4}$ Br., Mai-Juni $101\frac{3}{4}$ Rt. Br.

Roggen niedriger, schließt fester, pr. 2000 Pfd. loco 76—79 Rt., feiner 80 Rt., galiz. pr. Konn. 76 Rt. bez., pr. Februar 78 Rt. bez., Frühjahr $78\frac{1}{2}$, $77\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$, 78 Rt. bez. u. Br., Mai-Juni $78\frac{1}{2}$, $77\frac{1}{4}$, $\frac{3}{4}$, $77\frac{1}{2}$ Rt. Br. u. Gd., Juni-Juli 76 Rt. Br., Juli-August $71\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Gerste stille, pr. 1750 Pfd. loco nach Qualität $53\frac{1}{2}$—58 Rt., per Frühjahr schles. 56 Rt. Br., 69—70pfd. schles. 57 Rt. Br.

Hafer matt, per 1300 Pfd. loco $39\frac{1}{2}$—41 Rt., 47—50pfd. Frühjahr 40 Rt. bez.

Erbsen stille, per 2250 Pfd. loco 70—$74\frac{1}{2}$ Rt., Frühjahr Futter- $73\frac{1}{4}$ Rt. bez., 73 Br.

Rappkuchen loco $2\frac{1}{4}$ Rt. bez.

Rüböl stille, loco $10\frac{1}{12}$ Rt. Br., März $10\frac{1}{2}$ Rt. Br., April-Mai $10\frac{13}{24}$ Rt. Br., Mai-Juni $10\frac{7}{12}$ Rt. Br., September-Oktober $10\frac{3}{4}$ Rt. Br.

Spiritus matter, loco ohne Faß $20\frac{1}{12}$ Rt. bez., Februar $19\frac{5}{6}$ Rt. Br., Frühjahr $20\frac{1}{8}$ Rt. bez. u. Br., Mai-Juni $20\frac{3}{8}$ Rt. Br., Juni-Juli $20\frac{5}{8}$ Rt. Br., Juli-August 20 Rt.

Regulirungs-Preise: Weizen 103, Roggen —, Rüböl —, Spiritus $19\frac{5}{6}$.

Hamburg, 27. Februar. Getreidemarkt. Für sämmtliche Getreidearten bei großer Zurückhaltung der Käufer starke Verkaufslust. Weizen und Roggen loco flau, auf Termine in späten Sichten stark weichend. Weizen pr. Februar 5400 Pfd. netto $182\frac{1}{2}$ Bankothaler Br., $181\frac{1}{2}$ Gd., per Februar-März 179 Br., 178 Gd., pr. Frühjahr $177\frac{1}{2}$ Br., 177 Gd. Roggen per Februar 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 Gd., per Februar-März 140 Br., 139 Gd., pr. Frühjahr 137 Br. u. Gd. Hafer matt. Rüböl sehr still, loco $23\frac{1}{4}$, per Mai 23¹/, per Oktober 24. Spiritus ohne Kauflust, $28\frac{1}{4}$ bez. Kaffee ruhig. Zink verkauft 500 Ctr. W. E. H. 14 Mk. 4 Sch. Petroleum fest. — Trübes Wetter.

Amsterdam, 27. Februar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen weichend, per März $299\frac{1}{2}$, pr. Mai $305\frac{1}{2}$, pr. Juli 290. Raps pr. Oktober $69\frac{1}{2}$.

Stettin, den 28. Februar.

Hamburg	6 Tag.	$151\frac{5}{8}$ G	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	$151\frac{1}{4}$ B	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	$143\frac{7}{8}$ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„	2 Mt.	$143\frac{3}{8}$ B	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10Tag.	6 $25\frac{5}{8}$ G	Pr. National-V.-A.	4	119 B
„	3 Mt.	—	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tg.	$81\frac{3}{4}$ bz	Pomerania	4	119 B
„	2 Mt.	$81\frac{5}{12}$ B	Union	4	107 B
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	$87\frac{5}{8}$ G	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1050 B
„	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 54 57	$4\frac{1}{2}$	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ „	4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
„ Rentenb.	4	—	Germania		100 B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan		100 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	114 B
„ Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	$4\frac{1}{2}$	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E.A.	$4\frac{1}{2}$	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	$4\frac{1}{2}$	94 B			